Zu den Wahlen in den Philippinen am 9. Mai 2016

Am 09.05.16 finden in den Philippinen allgemeine Wahlen statt. Dabei wird auch der 16. Präsident der Philippinen gewählt.

Hier eine kleine Auswahl der Präsidentschaftskandidaten/innen, die allesamt aus der herrschenden Oberschicht stammen:

Grace Poe, Senatorin

Mar Roxas, Innenminister

Jejomar Binay, amtierender Vizepräsident

Miriam Santiago, Senatorin, Vorsitzende des Senatskomitees für ausländische Beziehungen, vertritt einzelne fortschrittliche Positionen. So wendet sie sich gegen die Rückkehr der US-Militärbasen.

Rodrigo Duterte, Bürgermeister von Davao (Landeshauptstadt von Mindanao), berühmt berüchtigt wurde er durch seine Verantwortung für die Davao Todesschwadron. Auf deren Konto gehen laut der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch mehr als 1.000 Tote seit den späten 90er Jahren.

Der Sohn des verstorbenen faschistischen Diktators Ferdinand Marcos Bongbong Marcos Junior bewirbt sich als Vizepräsident. Die fortschrittliche Opposition läuft gegen diese Kandidatur Sturm, während er in den bürgerlichen Medien massiv unterstützt wird, wodurch seine Umfrage- bzw. Beliebtheitswerte insbesondere unter Jugendlichen steigen, die von der faschistischen Diktatur nicht mitbekommen bzw. erfahren haben. Laut Amnesty International wurden in dieser Zeit 3.240 Oppositionelle getötet, 34.000 gefoltert und 70.000 eingesperrt.

Ende Februar haben fortschrittliche Kräfte die Kampagne „Campaign Against the Return of Marcoses to Malacanang“, Camma (Kampagne gegen die Rückkehr der Marcos-Leute in den Präsidentenpalast) ins Leben gerufen. Diese wird u.a. unterstützt von unserem Freund Pedro Gonzales „Pido“. 19 Umweltorganisationen und –gruppen haben ausgehend von einer Bewertung der umweltfeindlichen Politik der Marcos-Diktatur am 19. April 2016 eine gemeinsame Erklärung gegen Bongbong verabschiedet.

Weitere Anwärter/innen für die Vizepräsidentschaft: Chiz Escudero (Senator), Leni Robredo, Allan Peter Cayetano, Gringo Honasan (früherer hoher Miliitär)und Antonio Trillanes IV.

Die fortschrittliche Opposition hat keinen Präsidentschaftskandidat aufgestellt.

Desweiteren werden aber auch die Senatoren/innen neu gewählt. Hier hat sich der progressive Parteilistenblock Makabayan auf einen Kandidat geeinigt: Neri Colmenares, Abgeordneter für Bayan Muna (zu Deutsch in etwa Das Volk an erster Stelle), dessen Kandidatur am 12.10.15 bei der Wahlkommission ordnungsgemäß angemeldet wurde.

In welcher Situation finden die Wahlen statt?

Hier ein paar Fakten, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben:

A. Ökonomische Lage

Nach Angaben des fortschrittlichen Forschungsinstitutes IBON gab es Ende 2014 12,2 Millionen Arbeitslose und Unterbeschäftigte (4,3 Millionen arbeitslos, 7,9 Millionen unterbeschäftigt).

Der Anteil der regulär Beschäftigten sank von 72 auf 56%. Ende 2014 betrug die Anzahl der armen Filipinos 25,8 Millionen Menschen (von schätzungsweise 100 Millionen Gesamteinwohner/innen).

Der Reichtum der 10 reichsten Filipinos hat sich seit 2010 von 630 Milliarden Pesos auf 2,2 Billionen Pesos im Jahr 2015 verdreifacht. (1 € entspricht 52 Pesos am 23.04.16)

B. Politische Situation

In Aquino´s Regierungszeit von 6 Jahren gab es bis zum 30.11.2015 14 Massaker, 304 Fälle von außergerichtlichen Hinrichtungen, 561 politischen Häftlingen (davon 304 in seiner Regierungszeit). 85% der politischen Gefangenen werden mit gefälschten Anklagen überzogen.

Nach Angaben des arbeiterfreundlichen Zentrums für Arbeiter- und Menschenrechte (CTUHR) stieg die Anzahl der Verletzung von Arbeiter- und Gewerkschaftsrechten von 5 dokumentierten Fällen im Jahr 2014 auf 35 im Jahr 2015. Davon betroffen waren 192 Gewerkschafter, Arbeiteraktivisten und Angestellte von nationalen Gewerkschaftszentren.

Bei einem weiteren Massaker an protestierenden Bauern in Kidapawan, Compostela Valley in Mindanao wurden am 1. April 2016 2 Bauern erschossen, Dutzende verletzt und 85 festgenommen und inhaftiert. Sie hatten wegen der extremen Trockenheit, die durch El Nino ausgelöst worden ist,

die Freigabe von 15.000 Säcken Reis gefordert, waren mit Almosen abgespeist worden und hatten deswegen seit dem 30. März mit 3.000 Bauern Straßen in der Stadt Kidapawan verbarrikadiert.

Von den 561 politischen Gefangenen sind 19 Berater der NDFP bei den Friedensverhandlungen, die unter das Schutz- und Immunitätsabkommen JASIG fallen. NDFP ist die Nationaldemokratische Befreiungsfront der Philippinen, die unter der Führung der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP) steht.

Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation gibt ca. 24 paramilitärische Gruppen, die eng mit der philippinischen Armee AFP zusammenarbeiten, von ihr ausgebildet und ausgerüstet wurden und in 94 der 304 politischen Morde und fünf der vierzehn Massaker verwickelt sein sollen.

55 Bataillone der AFP sind in Mindanao stationiert.

Im Januar 2016 wurden weitere vier Aktivisten Opfer von politischen Morden.

Das Eingreifen der fortschrittlichen Opposition in den Wahlkampf

Beginnend mit dem Monat Januar 2016 haben zahlreiche gesellschaftliche Sektoren der unteren Schichten aufbauend auf kurzen Analysen der jeweiligen Situation konkrete spezifische Agenden mit Wahlprüfsteinen aufgestellt:

Am 08.01.16 machte die KMU (Gewerkschaftsbewegung des 1. Mai) anlässlich der Gedenkfeierlichkeiten zum83. Geburtstag des verstorbenen Arbeiterführers Crispin „Ka Bel“ Beltran den Anfang und forderten die Kandidaten/innen auf, sich für höhere Löhne, reguläre Beschäftigung, Sicherheit am Arbeitsplatz und die freie Ausübung von Gewerkschaftsrechten einzusetzen. Er

beschränkte den Kampf der Arbeiter nicht auf die Hallen des Kongresses. Er war überzeugt, dass die Rechte und Interessen der Arbeiter nur durch ihre Einheit und kollektive Aktion auf den Arbeitsplätzen und in den Gemeinden vorangebracht werden können.

Am 11. Januar protestierte die Sulong Katribu Parteiliste (Indigene Kulturgemeinden) gegen ihre Nichtzulassung zur Wahl.

Weiter geht es mit den Bauern, die am 3. Februar eine Bauern-Wahl-Agenda präsentieren. Im Zentrum steht dabei die Forderung nach einer wirklichen Agrarreform.

Am 19. Februar stellen fortschrittliche Jugendorganisationen, z.B. NUSP (Nationalunion der Studenten der Philippinen) 4 Forderungen zur Wahl auf. Sie fordern u.a. die Abschaffung der Studien- und anderen Gebühren, des Erziehungsgesetzes von 1982, mit dem diese Gebühren legitimiert wurden und ein Ende der Kommerzialisierung und Deregulierung des Bildungswesens.

Ebenfalls am 19. Februar stellt die fortschrittliche Allianz der Fischerorgansiationen Pamalakaya einen 12-Punkte umfassenden Forderungskatalog vor. Insbesondere fordern sie eine Aufhebung des Fischerei-Ergänzungs-Gesetzes. Es beinhaltet u.a. Strafen und Geldstrafen für die kleinen Fischer. Sie kritisieren die Öffnung für ausländische Großfischer und deren Folgen und fordern den Schutz der Umwelt.

Die fortschrittliche Wissenschaftlerorganisation Agham (Verfechter einer Wissenschaft und Technologie für das Volk) fordert die Einstellung von mehr Wissenschaftler/innen angesichts der sich verschlechternden Auswirkungen der Klimaerwärmung. Sie nehmen dabei vor allem auf die Ernährungskrise Bezug, die durch El Nino ausgelöst worden ist.

Kalikasan, ein Volksnetzwerk für die Umwelt, Katribu (Organisation der Indigenen) und Weg mit dem Bergbaugesetz von 1995 zeigen am 1. März die konkreten Verbindungen von den Kandidaten/innen zur Präsidentschaft bzw. Vize-Präsidentschaft zur großen Bergbauindustrie auf. So erhielt z.B. Binay für seinen Wahlkampf 2010 vom DMCI-Konzern 3 Milliarden Pesos. Roxas besitzt Anteile von 120 Milliarden Pesos in 7 Bergbaugesellschaften.

Am 4. März präsentieren die Bäuerinnen selbstbewusst über ihre Organisation Amihan eine eigene Agenda, in dem sie die Monopolisierung der Landwirtschaft, die Landlosigkeit der Bauern, die Liberalisierung des Agrarhandels, die Militarisierung und die Privatisierung von sozialen Dienstleistungen als Hauptgründe für das Leiden der Bäuerinnen anprangern. Amihan fordert eine wirkliche Landreform, kostenlose Bewässerung und andere Unterstützung für Bauern, ein Ende der Importliberalisierung im Agrarsektor, die Unterstützung durch Basissozialleistungen wie Gesundheit und Bildung sowie eine Beendigung des Aufstandsbekämpfungsprogramms Oplan Bayanihan.

Der Frauenverband Gabriela deckt am 5. März auf, dass die Armutsrate bei den Frauen 25,6%, unter Kindern sogar 35% beträgt. Demgegenüber besitzen 50 Familien 25,7% des Reichtums des Landes. An ihrer Spitze befindet sich Henry Sy, der sog. Leiharbeiterkönig. Ihr Gesamteinkommen belief sich 2014 auf 72,4 Milliarden, eine 13%ige Steigerung gegenüber 2013, wo dies bei 65,8 Milliarden lag. Damit repräsentieren sie 51% des Bruttosozialproduktes in 2014. (Angaben nach einem Bericht des Zentrums für Frauenresourcen). Joms Salvador, die Generalsekretärin von Gabriela weist darauf hin, dass die Stimmen der Frauen signifikant bei den Wahlen 2013 gewesen sind. Ihre Beteiligung lag bei 77,9%, die der Männer bei 77%. Sie fordert, dass die Privatisierung von Gesundheitsleistungen, die Nicht-Hausgeburt-Politik, das K+12 Programm, die Öffentlich-Privaten-Partnerschaftsprojekte und Oplan Bayanihan abgeschafft werden müssen.

Am 8. März meldet sich das Salinlahi, die Allianz für Kinderrechte mit wichtigen Anliegen und stellt eine Kinder-Agenda vor. Wir Kinder wollen, dass unsere Familien aus der Armut rauskommen, wir wollen Jobs und Existenzlöhne für unsere Familien, Land für die Bauern, freies und anständiges Wohnen, kostenlose Bildung und Gesundheitsleistungen, Anerkennung unserer Rechte und eine sichere und friedliche Umgebung.

Die Überlebenden und Familienangehörige der Kentex-Fabrikbrandtragödie fordern Konsequenzen und die BBestrafung der Verantwortlichen.

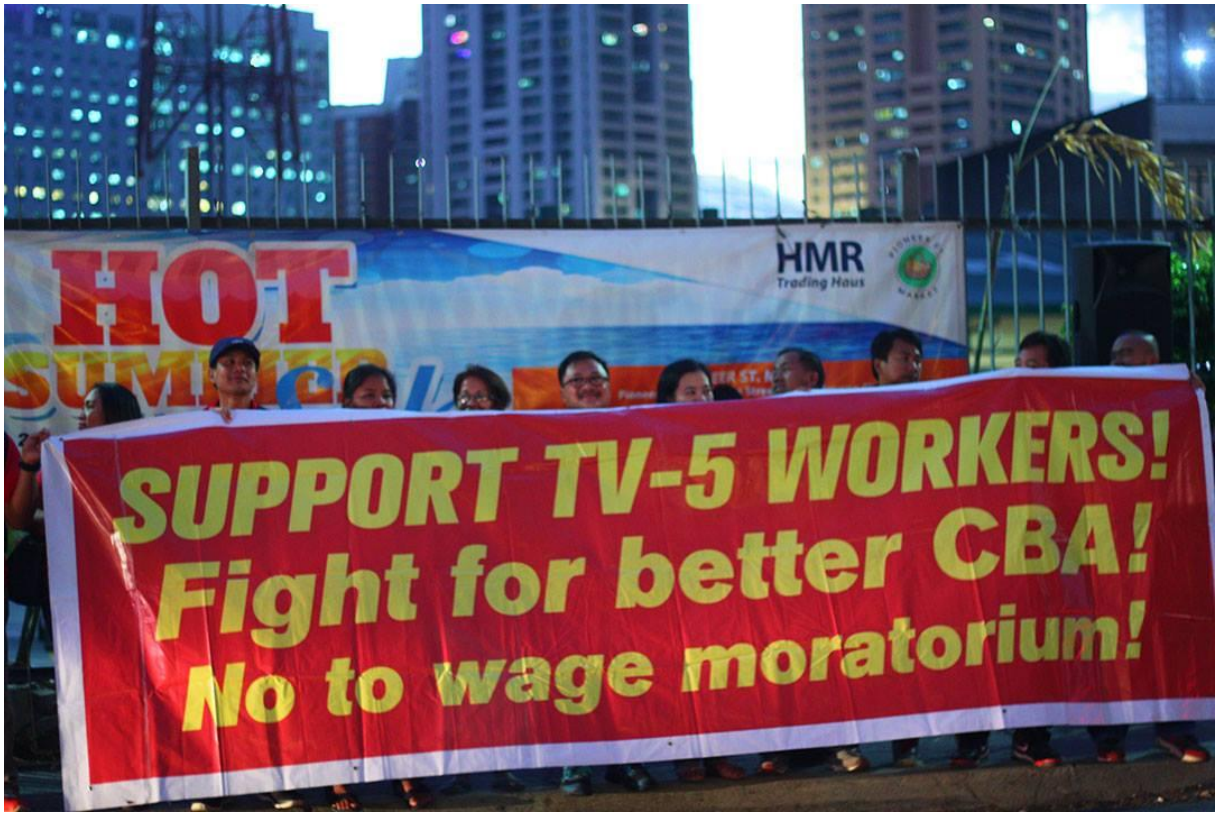
Am 14. April melden sich die Kokusnussbauern mit einem 7-Punkte-Programm zu Wort. Sie kritisieren die missbräuchliche Verwendung des Kokusnussbauernfonds und fordern grundlegende Änderungen.

Anhand von 7 Punkten bewertet eine Koalition von Umweltaktivisten die 6 Kandidaten/innen für die Vizepräsidentschaft. Wie stehen sie zum großflächigen Bergbau, zur Klimaerwärmung, zu Kohlekraftwerken, zum Import von Giftmüll aus Kanada, zu genveränderten Organismen, zu den politischen Morden und zum erweiterten Militärabkommen EDCA. Dabei stellt sich heraus, dass die meisten Kandidaten/innen das Bergbaugesetz von 1995, das die Plünderung der Mineralien durch große ausländische Konzerne und die Umweltzerstörung erlaubt, befürworten. Einige haben enge Verbindungen zu den Bergbaukonzernen. Nur Senator Honasan verspricht eine gesetzliche Regulierung oder Verbot bei gentechnisch veränderten Pflanzen. Außer Leni Robredo befürworten alle die Stationierung von US-Truppen.

Eine entwickelte Kritik gibt es auch an den schon im letzten Wahlkampf kritisierten automatischen Wahlmaschinen, bei denen zahlreiche Ungereimtheiten bekannt wurden und die Wahlmanipulationen begünstigt haben. Besonders engagiert ist hier die Jugend, die sich über die

fortschrittliche Parteiliste „Kabataan“ und „Migrante“, die sich als Parteiliste der Überseearbeiter/innen zu Wort melden.

Unvermindert gehen während des Wahlkampfes auch die Proteste und Kämpfe in den verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren weiter, so der Tarifkampf bei den Medienkonzernen GMA 7 und TV5,



der Protest gegen die Fahrpreiserhöhungen bei den Eisenbahnen, die Freiheit für Mary Jane Bewegung, der Kampf gegen die Gewerkschaftszerstörung bei der Planters Bank, der Kampf gegen EDCA, der Kampf für eine Rentenerhöhung, der Protest gegen die politischen Morde an Lumad-Angehörigen in Mindanao, der Kampf der Zwangsprostituierten für eine Entschädigung durch die japanische Regierung, dem Kampf für die Verurteilung des Verbrechers Palparan (genannt der Butcher), der Kampf für Gerechtigkeit für die Morong 43 (illegal inhaftierte Gesundheitsbeschäftigte, Gerechtigkeit für die Kentex-Opfer, der Kampf für eine Lohnerhöhung für die Regierungsangestellten, der Protest gegen eine Verordnung für die Zulassung genmanipulierter Pflanzen, die Teilnahme am One Billion Rising day unter dem Motto für Revolution, der Protest gegen K + 12, der Kampf gegen die Umweltzerstörung, vor allem durch Kohlekraftwerke, Proteste gegen den Aggressionskurs des chinesischen Imperialismus, der Kampf gegen Studiengebühren, Protestaktionen gegen den Nickelerzabbau in Zambales, der aktiven Teilnahme am Internationalen Frauentag, der Protest gegen die Wasserpreiserhöhung, der Einsatz für die Verbesserung der Situation der Überseebeschäftigten, der Kampf auf der Hazienda Luisita, die Überführung des Leichnams von Ka Rosal in seinen Heimatort unter Begleitung von mehr als 5.000 Menschen, der Protest gegen das Kidapawan-Massaker, der erfolgreiche Streik der Bananenarbeiter/innen von Musahamat in Pantukan, Compostela Valley (aber 3 Gewerkschafter werden getötet), der Kampf für die Verbesserung des Gesundheitswesens, der landesweite Protest der Jeepney-Fahrer gegen Stillegungspläne, der Kampf des Krankenpflegepersonals für anständige Löhne usw. .

Bei der Erstellung dieses Artikels stützte sich der Verfasser auf mehrere Berichte des fortschrittlichen Enthüllungsmagazins „Bulatlat“ in den Monaten Januar, Februar, März und April 2016.